

Stand: 04.04.2026 04:26:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11041

"Keine Kompromisse beim Vorsorgeprinzip gegenüber den USA bei TTIP!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11041 vom 19.04.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 20.04.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11862 des BU vom 12.05.2016
4. Beschluss des Plenums 17/11991 vom 14.06.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 76 vom 14.06.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Keine Kompromisse beim Vorsorgeprinzip gegenüber den USA bei TTIP!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass
 - a) das Vorsorgeprinzip ein unverrückbarer Bestandteil unserer Umwelt- und Gesundheitspolitik in Europa, Deutschland und Bayern ist,
 - b) Forderungen von Drittstaaten, die eine Abkehr von unserem europäischen vorsorgenden Ansatz hin zu einer wissenschaftsbasierten und risikoorientierten Bewertung beinhalten, eine deutliche Absage zu erteilen ist.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene einzusetzen, dass
 - a) Forderungen von Drittstaaten, die auf Zugeständnisse im Bereich unseres Vorsorgeprinzips abzielen, unmissverständlich zurückgewiesen werden,
 - b) Freihandelsabkommen, die unser Vorsorgeprinzip in Europa aufweichen oder gar in Frage stellen, unter allen Umständen verhindert werden.

Begründung:

Der US-Landwirtschaftsminister Thomas Vilsack forderte im Rahmen seines kürzlichen Besuchs in Berlin bei Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) Zugeständnisse im Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Er erwarte von der EU eine wissenschaftsbasierte und risikoorientierte Bewertung von GMO im Landwirtschaftssektor im Rahmen der noch laufenden TTIP-Verhandlungen und übte damit Druck auf die EU und Deutschland aus, sich in diesem hochsensiblen Bereich auf den amerikanischen Ansatz zuzubewegen. Nach Art. 191 Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) beruht die europäische Umweltpolitik auf „den Grundsätzen der Vorsorge und Vorbeugung.“ Auch aus Art. 20a des Grundgesetzes lässt sich das Vorsorgeprinzip ableiten und besitzt damit Verfassungsrang. Mit dem vorliegenden Antrag soll sich der Landtag hierzu ausdrücklich bekennen und deutlich machen, dass jeglichen Versuchen von Drittstaaten, hier auf Änderungen zu drängen, eine klare Absage erteilt werden muss.

(Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich bitte um Ruhe, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Ich bin Ihnen noch eine Erklärung schuldig. Der Kollege Kraus hat vorhin gesagt, dass sich die GRÜNEN im Europaparlament enthalten haben. Das ist richtig. Das war bei der Schlussabstimmung. Wir haben natürlich alle Anträge abgelehnt, in denen es um die Verlängerung der Genehmigung gegangen ist. Unser Antrag, das Verbot durchzusetzen, hat keine Mehrheit gefunden. Dann hat unsere Fraktion, wie Frau Schorerer-Dremel gesagt hat, all diese Einschränkungen durchgebracht, sei es Sikkation, seien es private Flächen, seien es öffentliche Flächen. Das waren sehr knappe Abstimmungen, teilweise nur mit ein paar Stimmen Unterschied. Um das nicht zu gefährden, um nicht am Schluss die ganze Abstimmung zu kippen, haben sich die GRÜNEN im Europaparlament bei der Schlussabstimmung enthalten. Das ist der Grund: Man wollte diese wenigen Verbesserungen, die man hier erreichen konnte, nicht gefährden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat für ihren Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11038 "Glyphosat – Klare Position und Schutz der öffentlichen Gesundheit" namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte die Urnen bereitzustellen. – Danke schön. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten. Bitte geben Sie Ihre Stimmkarten ab.

(Namentliche Abstimmung von 16.53 bis 16.58 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich beende die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird wie immer später bekannt gegeben. – Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich in der Abstimmung fortfahren kann.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/11077 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Danke schön.

Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/11041 sowie 17/11043 bis 17/11045 und 17/11078 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Damit sind wir am Ende der Beratung der Dringlichkeitsanträge für die heutige Plenarsitzung.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Bei der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Felbinger und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Verlässlichkeit in der Bildungspolitik: Neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium ab dem Schuljahr 2017/18 umsetzen", Drucksache 17/11037 haben mit Ja 15 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 83, Stimmenthaltungen 51. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Güll, Wild und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "G9 jetzt!", Drucksache 17/11040 haben mit Ja 35 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 100, Stimmenthaltungen 14. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Symbolische Entschädigung für ehemalige deutsche zivile Zwangsarbeiter schnell und angemessen umsetzen (Drs. 17/9366)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Unser erster Redner ist der Kollege Dr. Fahn. Bitte schön, Herr Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Danke schön, Frau Präsidentin. – Warum haben wir diesen Antrag jetzt gestellt? Ich darf Ihnen zunächst einmal die Antwort von Christian Knauer vorlesen. Er ist BdV-Vorsitzender von Bayern. Er schreibt zu unserem Antrag: Ihr Antrag ist aus unserer Sicht hilfreich. – Das heißt, der Bund der Vertriebenen unterstützt diesen



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/11041**

**Keine Kompromisse beim Vorsorgeprinzip gegenüber den USA
bei TTIP!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Nikolaus Kraus**
Mitberichterstatterin: **Mechthilde Wittmann**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 41. Sitzung am 26. April 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 51. Sitzung am 12. Mai 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/11041, 17/11862

Keine Kompromisse beim Vorsorgeprinzip gegenüber den USA bei TTIP!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Mechthilde Wittmann

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Thomas Mütze

Staatsministerin Dr. Beate Merk

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung den **Tagesordnungspunkt 9** und die **Listennummer 25** der nicht einzeln zu beratenden Anträge auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Keine Kompromisse beim Vorsorgeprinzip gegenüber den USA bei TTIP!

(Drs. 17/11041)

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Michael Brückner u. a. (CSU)

Keine Relativierung des Vorsorgeprinzips durch Freihandelsabkommen

(Drs. 17/11171)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Kollege Kraus von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Kollege Kraus, Sie haben das Wort.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wen wundert's? TTIP und CETA sind Dauerthemen im Landtag. Deshalb sage ich ein paar Worte zu unserem Antrag.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich bitte, die Plätze einzunehmen. – Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich möchte eingangs an den Besuch von US-Landwirtschaftsminister Thomas Vilsack erinnern. Er

besuchte vor Kurzem unseren Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt in Berlin.

Aufgrund der daraus resultierenden Pressemitteilungen haben wir uns unsere Gedanken gemacht und unseren Antrag formuliert. Ich darf Thomas Vilsack zitieren:

Der Bereich Verbraucherschutz ist sicher eine große Herausforderung. Wenn Lebensmittel nicht auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse zugelassen werden, sondern nach Anforderungen, die Politiker formulieren, dämpft das den Handel, weil es zu mehr Unsicherheit führt. Denn dann lässt sich kaum vorhersagen, wann welche Produkte zugelassen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen und besonders Frau Wittmann, im Ausschuss haben wir bereits darüber gesprochen: Wie interpretiert man diese Aussage? – Für uns ist klar: Herr Vilsack fordert von uns, uns von unserem Vorsorgeprinzip abzuwenden. Kurz gesagt soll unter anderem auch die Zulassung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln in Deutschland eingeführt werden.

Seien wir einmal ganz ehrlich: Welche Studie bestätigt zu hundert Prozent, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel weder für Mensch noch für die Umwelt schädlich sind? – Hundert-Prozent-Studien – das wissen wir von Glyphosat oder anderen Produkten – sind sehr, sehr schwer zu erstellen. Es gibt große Wahrscheinlichkeiten, aber gerade hinsichtlich dieses sensiblen Gebietes müssen wir gewarnt sein.

Gott sei Dank hat Europa eine andere Meinung als die USA. Bei uns gilt das Vorsorgeprinzip. Diesen Begriff genau zu definieren, ist schwer. Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde er wie folgt konkretisiert:

Angesichts der Gefahr irreversibler Umweltschäden soll ein Mangel an vollständiger wissenschaftlicher Gewissheit nicht als Entschuldigung dafür dienen, Maßnahmen hinauszuzögern, die in sich selbst gerechtfertigt sind. Bei Maßnahmen,

die sich auf komplexe Systeme beziehen, die noch nicht voll verstanden worden sind und bei denen die Folgewirkungen von Störungen noch nicht vorausgesagt werden können, könnte der Vorsorgeansatz als Ausgangsbasis dienen.

Jetzt sind wir bei unserem Antrag. Wenn es der CSU nur um die Begründung unseres Antrags mit der Aussage von Herrn Vilsack geht, ist es natürlich möglich, sie zurückzuziehen. Der reine Antragstext mit zwei Nummern und je zwei Unterpunkten ist unproblematisch. Lassen Sie uns heute ein Zeichen für den Verbraucherschutz und für den Erhalt der hohen Standards in unserer Lebensmittelproduktion setzen. Lassen Sie uns der Bevölkerung zeigen, dass der Bayerische Landtag einstimmig die Sorgen der Wählerinnen und Wähler ernst nimmt. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

Wenn Sie heute gegen unseren Antrag sind, dann sind Sie im Grunde für TTIP.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann sind Sie gegen aktuell 79 % der bayerischen bzw. deutschen Bevölkerung, die dieses Freihandelsabkommen ablehnen. Wenn die CSU weiterhin für TTIP ist, wird es möglicherweise ein Waterloo für die CSU. Was bedeutet ein Waterloo für eine Partei, die schon mit 40 % massive Probleme hat?

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU)

Daran wird sich auch nichts ändern, wenn Frau Ministerin Aigner, die im Augenblick leider nicht da ist, noch so lange in den USA unterwegs ist und dort noch so laut die Werbetrommel für dieses Freihandelsabkommen rührt, das wir im Bayerischen Landtag ablehnen müssen und das die bayerische und deutsche Bevölkerung unter den jetzigen Voraussetzungen mit überwältigender Mehrheit ebenfalls ablehnt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Wittmann von der CSU das Wort.

Mechthilde Wittmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Vorsorgeprinzip ist weltweit das Prinzip, auf dem Umweltschutzstandards, aber auch alle anderen Schutzstandards, die wir so kennen, für Gesundheit, Nahrungsmittel, Tierschutz usw., aufbauen. Das Ganze resultiert aus WTO-Vereinbarungen, die alle Länder gegengezeichnet haben, auch die USA. Bereits in der Weltnaturcharta aus dem Jahr 1982 wurden diese Schutzstandards für den Umweltschutz festgelegt. Wir haben gesagt, das Vorsorgeprinzip soll immer dann zur Anwendung kommen, wenn ein Produkt oder Verfahren über die reine Unbedenklichkeit nicht zugelassen werden kann.

Was bedeutet das? – Wenn wir über das Vorsorgeprinzip reden, dann reden wir nicht darüber, dass bei jeglicher Art von Produkt, von Konsum, von Dienstleistung, aber vor allen Dingen auch von Produktion von Nahrungsmitteln und Ähnlichem jeweils unbedingt immer das Vorsorgeprinzip angewendet werden muss. Nein, wir gehen davon aus, dass wir in den meisten Fällen bei unbedenklichen Produkten sind und insoweit gar nicht in diese Grauzone hineinkommen. Aber gerade weil wir alle darauf aus sind, soweit irgendwie möglich, für uns alle vereinbar Globalstandards zu setzen, haben wir auf WTO-Ebene das Vorsorgeprinzip eingeführt.

Was bedeutet ein Vorsorgeprinzip? – Es bedeutet, dass ein Produkt, dessen Unbedenklichkeit bis dato nicht bescheinigt werden kann – davon gibt es sehr viele –, zunächst einer Risikoanalyse unterzogen wird. Nach dieser Risikoanalyse kommt man zu einer Risikobewertung. All dies erfolgt regelmäßig wissenschaftlich basiert. Auf die Wissenschaft müssen wir uns stützen, wenn wir nicht im unbedenklichen Bereich sind, sondern wenn eine Abwägung vorzunehmen ist. Nach der Analyse ist das Risiko zu bewerten und abzuwägen. Danach kommt es zu sogenannten Risikoinformationen. Dann sind wir im sogenannten Risikomanagement. Sie erkennen eine ganz feinsinnige Abstufung. Wie kommen wir in diesen Fällen zu einer möglichst guten Bewertung, die den Bürgern hilft? – Die Bürger wollen von uns eine Grundlage, auf der unsere Entscheidungen beruhen, die der Sache dienen und nicht nur den Emotionen und vor

allem nicht nur den Ideologien. Dafür ist das Vorsorgeprinzip einstmals geschaffen worden. Wir alle haben uns darauf verständigt.

Dieses Vorsorgeprinzip führen wir seit Beginn der Europäischen Union auch in den europäischen Verträgen immer weiter. Zuletzt haben wir es im Vertrag von Nizza wieder festgeschrieben. Wir haben das Vorsorgeprinzip in unser Verhandlungsmandat geschrieben. Das macht die Sache an dieser Stelle so einfach. Im EU-Verhandlungsmandat steht zunächst in Punkt 3 der Hinweis, dass unter den WTO-Standards – Vorsorgeprinzip festgeschrieben – nicht hinweggetaucht werden kann. In Punkt 8 wird das noch einmal konkretisiert und gesagt, dass wir uns nicht nur wie bei der WTO auf Umweltstandards festlegen, sondern das Gleiche in allen anderen Standards – Gesundheitsschutz, Verbraucherschutz, Nahrungsmittel etc. – anwenden. Schließlich wird in Punkt 25, wo es um Lebensmittel geht, genau darauf noch einmal hingewiesen, dass das Heft des Handelns durch dieses Verhandlungsmandat nicht aus der Hand gegeben werden kann, sondern dass das Heft des Handelns in der Risikobewertung bei den Staaten bleiben muss und dies alles sich dem reinen Vorsorgeprinzip unterwirft. – Kurz und gut: Das ist einer der wenigen Punkte, die wir im Verhandlungsmandat völlig sicher festgehalten haben.

Deswegen, meine Damen und Herren, haben wir einen Antrag vorgelegt, in dem es um mehr geht. Da geht es nicht darum, mal wieder mit TTIP die Leute scheu zu machen, weil man irgendwie versucht, die Fünf-Prozent-Hürde wieder zu erklimmen,

(Beifall bei der CSU)

sondern da geht es darum, das grundsätzlich noch einmal festzuhalten, damit Sie nicht wieder landauf, landab mit Ihrem oberflächlichen Geschrei durch die Gegend laufen und behaupten, dass es angeblich ja nur um TTIP geht.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen, dass dieses Schutzniveau für immer in unseren Händen bleibt. Dies schreiben wir für alle Freihandelsabkommen, für alle anderen Arten von Außenhandelsabkommen – da gibt es nämlich noch mehr – und Ähnliches fest, und wir betonen dies noch einmal mit unserem Antrag. Eigentlich wäre es nicht nötig gewesen, weil wir dieses Verhandlungsmandat haben. Aber an diesem Punkt macht es Sinn, damit Sie noch einmal darauf kommen, warum wir Ihnen nicht zustimmen werden.

Wir erleben annähernd wöchentlich, dass Sie versuchen, Ihre Politik darauf zu reduzieren, die Bürger verrückt zu machen und zu verunsichern. Sie glauben, mit dieser Kurzatmigkeit irgendwo bei der Bevölkerung punkten zu können.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben dies getan bei G 8, als endlich Ruhe in den Schulen eingeleitet war, und sind im Übrigen daran grandios gescheitert – Gott sei Dank!

(Zurufe von der SPD)

Sie haben dies jedes Mal bei TTIP gemacht. Sie machen das jetzt bei den Stromleitungen. Es fällt Ihnen nichts mehr ein außer plumper Polemik, die die Bürger verunsichern soll. So werden Sie nie in politische Führung kommen.

(Beifall bei der CSU)

Ein amerikanischer Minister kann fordern, was er will. Entscheidend ist, dass vonseiten der EU-Kommission mit derselben Härte für unsere Interessen verhandelt wird. Da ist das Vorsorgeprinzip unstrittig im Verhandlungsmandat festgelegt worden. Es kann überhaupt nicht unterschritten werden, es kann nicht preisgegeben werden.

An dieser Stelle darf ich den Brückenschlag machen: Auch die Kanzlerin, die im Gegensatz zu einer etwas kritischeren Haltung, die wir einnehmen, sehr stark zum Abschluss dieses Abkommens drängt, sagt: nicht ohne Vorsorgeprinzip! Und Sigmar

Gabriel – das darf ich an dieser Stelle zur SPD sagen –, der hier der führende Minister ist, hat sich mehrfach dafür ausgesprochen und dies auch schriftlich niedergelegt.

Meine Damen und Herren, wir haben es mal wieder mit ein bisschen Polemik zum Thema TTIP zu tun. Wir werden dem nicht folgen. Schon damit Sie irgendwann einmal mit diesem Zirkus aufhören, uns hier ständig die Zeit zu stehlen, werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden solide weiterverhandeln. Wir werden versuchen, das Beste für die Bürger zu erreichen. Wenn uns Texte vorliegen, die bewertbar sind, werden wir diese Bewertung mit Hirn und Herz und Verstand vornehmen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Frau Kollegin. – Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass zu diesen beiden Anträgen jeweils namentliche Abstimmung von den antragstellenden Fraktionen beantragt worden ist. Das Problem ist: Wir haben jetzt noch zwei Redner. Wir werden mit diesen zwei Rednern nicht die Frist von 15 Minuten erreichen. Ich bitte deswegen, dann noch geduldig zu sein und die paar Minuten, die uns fehlen, hier auszuhalten, damit wir die namentliche Abstimmung heute noch durchführen können. Sie sind danach in Gnaden entlassen.

Jetzt spricht als nächster Redner der Kollege Pfaffmann von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Wittmann, ich möchte schon gern eine kurze Antwort auf Ihren Vorwurf der Polemik geben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der polemischen politischen Debatte sind Sie Weltmeister.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Da brauchen wir keine Nachhilfe. Ich könnte jetzt einige Beispiele nennen. Aber das ist nicht das Thema.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER: Ich bin schon der Meinung, zu so einem schwierigen, auch hoch emotionalisierten Thema wäre eine fachliche Debatte auch in diesem Haus sinnvoll und notwendig. Die Handelsabkommen haben viele Facetten, viele Schwierigkeiten und viele Themen. Aber eins ist völlig klar: Es gibt einen Konsens auch in Brüssel, auch dank Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, auch in der Bundesregierung und, ich meine, auch hier. Bei allen Handelsabkommen gibt es rote Linien, die nicht überschritten werden dürfen. Das haben wir nun schon sehr oft gesagt.

Ich will noch einmal ein paar wiederholen: Die Daseinsvorsorge ist unantastbar. Transparenz muss geschaffen werden, und zwar besser als bisher. Die Lebensmittelsicherheit ist unantastbar. Die genmanipulierten Lebensmittel wollen wir nicht haben – aus die Maus. Der Arbeitnehmerschutz ist ein zentraler Bestandteil der Forderungen der Handelsabkommen. Die Rechte der demokratischen Strukturen sind unantastbar. Öffentliche Zuständigkeiten sind nicht verhandelbar. Das haben wir schon mehrmals besprochen.

Zu diesen nicht verhandelbaren Themen gehört auch das Vorsorgeprinzip. Deshalb verstehe ich die FREIEN WÄHLER nicht ganz. Wir haben das schon geklärt. Es bedarf keines Antrags. Aber gut, es ist Ihr gutes Recht. Frau Wittmann hat hier gesagt, dass es gesetzlich geregelt ist. Liebe Frau Wittmann, es ist nicht nur gesetzlich geregelt. Wenn man die Debatte sinnvoll und intensiv verfolgt, wird man unschwer feststellen, dass es einen Beschluss des Europäischen Parlaments gibt, einen einstimmigen Beschluss aufgrund einer Initiative der SPD auch hier, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Beschluss schließt eine Veränderung der bisherigen Prinzipien aus. Es gibt also nicht nur eine formale Festlegung, es gibt auch eine parlamentarische Festlegung, dass das Vorsorgeprinzip nicht zur Debatte stehen kann und auch nicht zur Debatte stehen wird. Herr Kraus, zum Nachlesen: Dieser Beschluss ist am 8. Juli 2015 vom Europäischen Parlament gefasst worden. – Ende Gelände.

(Beifall bei der SPD)

Wenn jetzt die amerikanischen Unterhändler – egal, wie sie heißen, egal, woher sie kommen – meinen, sie könnten das unterlaufen, dann haben die deutschen oder die europäischen Verhandler oder wer auch immer und die Europäische Kommission in dieser Frage kein Verhandlungsmandat. Insofern geht das nicht; das ist völlig klar. Es wäre vielleicht auch gut, das zu wissen.

Noch einmal ein Bekenntnis zum Vorsorgeprinzip. Ein Bekenntnis zu den roten Linien ist ohne Zweifel die grundsatzpolitische Linie des Europäischen Parlaments sowie auch vieler anderer Parlamente und auch der Bundesregierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Freihandelsabkommen ist ein schwieriges Thema. Ich habe aber schon einmal gesagt und wiederhole dies: Wir müssen Handelsabkommen, ob mit Amerika oder sonst wem, nicht um jeden Preis abschließen. Wenn es nicht geht, geht es eben nicht. Die Gründe, warum es für uns nicht gehen kann, sind sozusagen beschlossen. Das sind die roten Linien mit vielen Facetten. Wenn das nicht geht, geht es nicht. Ich sage auch ganz klar: Die Welt geht nicht unter, wenn es kein Freihandelsabkommen gibt.

Auf der anderen Seite gebe ich schon zu bedenken, was ich für wichtig halte: Für unser Land ist es wichtig, dass wir darüber diskutieren. Sie wissen alle: Wir sind exportabhängig. Es ist wichtig, dass wir beste Bedingungen für den Handel schaffen – nicht aus Selbstzweckgründen, sondern ganz einfach deshalb, weil andere Kontinente, andere Länder diese Diskussion nicht führen. Die machen das dann. Wir müssen uns schon überlegen, ob wir dabei sein wollen. Hier geht es nämlich nicht nur darum,

das eine oder andere Handelsabkommen zu besprechen und darüber abzustimmen, sondern auch darum – übrigens erstmals –, den Versuch zu unternehmen, Handelsabkommen zu gestalten. Die Politik muss sich überlegen: Will sie bei der Gestaltung dabei sein oder nicht? – Wir jedenfalls wollen dabei sein.

Wir wollen für gute Arbeitsbedingungen in Handelsabkommen kämpfen. Wir wollen für die öffentliche Daseinsvorsorge kämpfen. Wir wollen dabei sein, wenn das verhandelt wird, um vielleicht Schlimmeres zu verhindern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Andere nehmen aber von Anfang an eine Verweigerungshaltung ein. Ich gestehe zu, dass es derzeit eine breite Mehrheit in der Bevölkerung gegen diese Abkommen gibt. Wir haben in dieser Frage aber auch eine Verantwortung. Ich sage ganz offen: Nicht jede Stimmung der breiten Bevölkerung muss unbedingt immer richtig sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, achten Sie bitte auf die Zeit.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Deswegen ist der Antrag zwar in der Sache völlig überflüssig, aber richtig, weil er das beschreibt, was ich jetzt gesagt habe. Deshalb werden wir diesem Antrag natürlich zustimmen; denn falsch ist er in der Sache nicht.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Pfaffmann. Bitte bleiben Sie noch. Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Herz. Bitte schön.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Pfaffmann, zunächst herzlichen Dank für Ihre Bemerkung zur Kollegin Wittmann. Ich glaube, in diesem Hause gehören ihre unsachlichen Bemerkungen schon traditionell dazu.

Ich habe Ihnen schon persönlich gesagt und muss dies jetzt wiederholen: Sie sollten zunächst einmal in der SPD klären, wie Ihre Position zu TTIP ist. Ich habe unlängst vernommen, dass die gesamte SPD im Allgäu in einer Pressemitteilung mitgeteilt hat, dass die Verhandlungen so schnell wie möglich zu stoppen sind und dass diesem Ab-

kommen niemals zuzustimmen wäre. Ich bitte Sie, dass Sie, bevor Sie Kritik an anderen Gruppierungen und Parteien üben, erst einmal im eigenen Hause für Klärung sorgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Selbstverständlich sorgen wir für Klärung. Sie wissen ganz genau, dass zu dieser schwierigen Frage auch ein parteiinterner Abstimmungsprozess stattfindet. Das ist doch völlig klar. Wir sind auch nicht diejenigen, die eine Meinung äußern, die dann jeder zu übernehmen hat. Selbstverständlich werden wir uns untereinander abstimmen.

Ich sage Ihnen aber schon eines: Ich bin schon eher dafür, dann eine Entscheidung zu treffen, wenn wir wissen, über was wir abstimmen. Sie wissen ganz genau, dass die Verhandlungspapiere in der übersetzten Form jetzt wohl vorliegen, aber erst seit Kurzem. Über was stimmen wir also ab? – Wir wissen nicht, was darin steht. Dies gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen im Allgäu. – Sorry.

Wenn wir also eine Entscheidung treffen, sollte sie sachgerecht sein. Dies erreichen wir nicht, indem wir Anträge ins Blaue hinein stellen, die nur ein Ziel haben, Kolleginnen und Kollegen: Das Ziel, die Stimmung, die derzeit herrscht, zu befördern, statt die Stimmung vernünftig zu kanalisieren. Es mag ja falsch sein, wenn man dem zustimmt, oder falsch sein, wenn man das ablehnt – das mag ja sein. Diesen Abstimmungsprozess muss man aber doch zulassen, statt schon im Vorfeld ein politisches Vorhaben mit einem Federstrich abbügeln zu wollen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Pfaffmann. – Nächster Redner ist Herr Kollege Mütze. Bitte schön.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Unterschied zwischen unserer Sichtweise und der Sichtweise der USA – man kann das

schon fast zwei Philosophien nennen – betrifft den Verbraucherschutz. Die USA wollen das wissenschaftsbasierte Prinzip durchsetzen: Ein Produkt wird zugelassen, und die Verbraucher müssen beweisen, dass es schädlich ist, bevor es wieder vom Markt genommen wird. Das ist, glaube ich, der diametrale Unterschied. Wir denken einfach anders. Wir denken verbraucherfreundlicher: Ein Produkt kommt erst dann auf den Markt, wenn bewiesen ist, dass es für die Verbraucherinnen und Verbraucher unschädlich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Prinzip des vorbeugenden Verbraucherschutzes, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir nicht angleichen, aufweichen oder aufgeben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Keiner will das!)

– Das will keiner. Nun zeigen aber die geleakten Unterlagen – hinzu kommt ja, dass wir von anderen abhängig sind, die uns Unterlagen zur Verfügung stellen –, dass die USA auf ihrem Prinzip bestehen. Liebe Frau Wittmann, dazu haben Sie nichts gesagt. Sie haben gesagt, mit welchen Prämissen wir, die EU, in die Verhandlungen gegangen sind. Sie haben aber nichts dazu gesagt, dass die Amerikaner, alle Amerikaner, die sich bis jetzt dazu geäußert haben und von deren Äußerungen wir wissen, klar gesagt haben, dass das nicht ihr Prinzip ist. Sie wollen das wissenschaftsbasierte Prinzip durchsetzen, wenn es um den Verbraucherschutz geht, und sie bestehen darauf. Frau Wittmann, Sie haben nichts dazu gesagt, wie Sie sich dann verhalten wollen.

Als Nächstes fällt mir auf, Frau Wittmann, dass Sie sagen, der Antrag der FREIEN WÄHLER sei überflüssig. Warum haben Sie dann einen eigenen Antrag gestellt, der in dieselbe Richtung geht? – Das ist nicht ganz nachvollziehbar, wenn er doch so überflüssig sein sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn also unser Prinzip des vorbeugenden Verbraucherschutzes von den USA abgelehnt wird und sozusagen eine der Zinnen ist, die geschleift werden sollen, dann ist TTIP nicht zustimmungsfähig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dieses Signal muss oder sollte heute vom Landtag ausgehen. Deswegen ist mir das Verhalten der CSU nicht verständlich. Das CSU-Prinzip ist ja: Stimme keinem Antrag der Opposition zu! – Das mag ja sein. Für die Menschen draußen ist das aber nicht nachvollziehbar. Entweder wir ziehen alle an einem Strang und sind alle einer Meinung, dass wir den Verbraucherschutz so beibehalten wollen, wie wir ihn kennen, oder nicht. Wenn Ersteres der Fall ist, dann müsste die CSU eigentlich Ihrem Antrag, dem Antrag der FREIEN WÄHLER, zustimmen. Wir werden das tun, weil wir das Prinzip der Glaubwürdigkeit auch im Bayerischen Landtag beibehalten wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Mütze. – Nun hat sich noch Frau Staatsministerin Dr. Merk zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Dr. Merk.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen jede Sorge, die CETA betrifft, ernst und überprüfen sie auch. Wir haben in der Vergangenheit über eine ganze Menge Sorgen diskutiert. Ich halte es für wichtig, dass die Menschen auch sehen, dass wir darüber diskutieren. Ich halte es auch für wichtig, dass wir noch einmal deutlich machen, dass wir klare Eckpunkte festgelegt und Leitplanken, Grenzen und rote Linien eingezogen haben. Wir können ein gutes Freihandelsabkommen auf den Weg bringen. Wenn die Verhandler jedoch in eine andere Richtung gehen, dann werden wir ein solches Abkommen nicht um jeden Preis durchsetzen.

Das bedeutet: Wir wollen für unsere Mittelständler ein gutes TTIP auf den Weg bringen. Wenn die Verhandler ein solches Abkommen jedoch nicht erreichen, dann werden wir dazu Nein sagen. Ich glaube, das müssen wir nicht in jeder Plenarsitzung wiederholen. Das versteht sich von selbst. Wir haben das klipp und klar gesagt.

Deswegen ist es nicht notwendig, permanent neue Themen heraufzubeschwören und jeden Satz, den ein amerikanischer Politiker irgendwo einmal gesagt hat, sofort mit einer Forderung zu verbinden und zu sagen: Deshalb müssen wir die Verhandlungen auf der Stelle abbrechen. Nein, wir müssen die Verhandlungen nicht abbrechen, sondern abwarten, bis das Endergebnis vorliegt. Wir müssen das Endergebnis, sobald es in unsere Sprache übersetzt ist, sorgfältigst mit den Fachleuten prüfen. An dem Ergebnis dieser Prüfung werden sich dann möglicherweise die Geister scheiden oder auch nicht. Dann werden wir uns entscheiden, ob wir zustimmen oder auch nicht.

Im Moment liegt jedoch noch nichts vor. Im Moment wird noch verhandelt. Im Moment sind sich die Verhandler dessen bewusst, was sie beachten müssen, um einen Erfolg herbeizuführen. Ilse Aigner ist nach Amerika gegangen, um deutlich zu machen: Wenn wir es schaffen, innerhalb dieser Leitplanken ein TTIP zu bekommen, dann wollen wir dieses Abkommen auch mit aller Kraft vorwärtstreiben; wenn wir es nicht schaffen, dann werden wir es bleiben lassen.

Das Vorsorgeprinzip steht nicht zur Disposition. Das ist auch im Mandat festgelegt, wie das Frau Wittmann vorhin sehr deutlich dargestellt hat. Sollte gegen das Vorsorgeprinzip verstoßen werden, werden wir unser Plazet zu diesem Abkommen nicht geben. Hier sind wir uns alle einig. Herr Pfaffmann hat das gesagt, und Frau Wittmann hat das gesagt. Auch die Bundesregierung, die Kommission und alle Mitglieder der EU sind sich darin einig. Darüber müssen wir nicht streiten. Hier geht es immer nur um Fakten und darum, dass wir hinterher diese Fakten prüfen. Um nichts anderes geht es. Wir wollen aber unsere Chance aufrechterhalten und nicht einfach einen Schlussstrich ziehen; denn dafür besteht überhaupt kein Grund, da noch überhaupt nichts auf dem Tisch liegt.

Wir haben die Pflicht, unserem Mittelstand Möglichkeiten zu geben. Wir haben die Pflicht, auf die Verhandler einzuwirken, damit sie im Rahmen unserer Leitlinien bleiben. Dies tun wir permanent. Deshalb können wir dem Antrag der FREIEN WÄHLER nicht folgen und unterstützen unseren eigenen Antrag, den wir für richtig halten.

Ich bitte Sie, TTIP eine Chance zu geben und nicht in jeder Plenarsitzung Diskussionen zu führen, in denen die Punkte falsch dargestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Zu beiden Anträgen wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Kraus und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Keine Kompromisse beim Vorsorgeprinzip gegenüber den USA bei TTIP!" auf der Drucksache 17/11041 abstimmen. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, wenn ich für die Abstimmung drei Minuten vorsehe. –

(Thomas Kreuzer (CSU): Nein!)

– War das ein Widerspruch? – Einen Moment bitte.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wir sind in der Abstimmung! – Namentliche Abstimmung von 18.44 bis 18.48 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben. – Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen und noch einmal an diesem Abend zur Ruhe zu kommen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich lasse nun über den Antrag der Abgeordneten Dr. Rieger, Schreyer-Stäblein, Brückner und anderer (CSU) betreffend "Keine Relativierung des Vorsorgeprinzips durch Freihandelsabkommen" auf der Drucksache 17/11171 abstimmen. Auch diese Abstim-

mung erfolgt in namentlicher Form. Die Urnen stehen bereit. Sie haben drei Minuten Zeit. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 18.48 bis 18.52 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Auch dieses Ergebnis gebe ich in wenigen Minuten bekannt. Ich bitte, die Plätze nochmals einzunehmen. Ich habe noch wenige Bekanntgaben zu machen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen und anderer (SPD) betreffend "Crystal-Präventionsprogramm für junge Frauen" auf Drucksache 17/11080 bekannt: Mit Ja haben 68 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 70. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Der Tagesordnungspunkt 10 – Eingabe betreffend Aufenthaltsduldung und Arbeitserlaubnis – wird im Einvernehmen der Fraktionen auf die nächste Plenarsitzung am 29. Juni verschoben.

Jetzt warten wir auf das Ergebnis der beiden letzten namentlichen Abstimmungen. Dann sind wir fertig. –

Ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Keine Kompromisse beim Vorsorgeprinzip gegenüber den USA bei TTIP!" auf Drucksache 17/11041: Mit Ja haben gestimmt 63, mit Nein 73. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Michael Brückner und anderer (CSU) betreffend "Keine Relativierung des Vorsorgeprinzips durch Freihandelsabkommen" auf Drucksache 17/11171: Mit Ja haben gestimmt 136, mit Nein hat niemand gestimmt. Stimmenthaltungen gab es auch keine. Damit ist der Antrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Damit haben wir alle Tagesordnungspunkte abgearbeitet. Ich danke Ihnen für die Geduld und für das Ausharren bis zur Bekanntgabe der Ergebnisse. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 18.55 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.06.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Keine Kompromisse beim Vorsorgeprinzip gegenüber den USA bei TTIP! (Drucksache 17/11041)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith			
Aigner Ilse				Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert	X			Glauber Thorsten			
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas			
Aures Inge	X			Gote Ulrike	X		
				Gottstein Eva			
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Güller Harald	X		
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen		X					
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Bause Margarete	X			Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard			
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard				Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		
Gehring Thomas	X			Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	63	73	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.06.2016 zu Tagesordnungspunkt 2 Nr. 25: Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Michael Brückner u. a. CSU; Keine Relativierung des Vorsorgeprinzips durch Freihandelsabkommen (Drucksache 17/11171)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith			
Aigner Ilse				Gibis Max	X		
Aiwanger Hubert	X			Glauber Thorsten			
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas			
Aures Inge	X			Gote Ulrike	X		
				Gottstein Eva			
Bachhuber Martin	X			Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Güller Harald	X		
Bauer Volker	X			Guttenberger Petra	X		
Baumgärtner Jürgen	X						
Prof. Dr. Bausback Winfried				Haderthauer Christine	X		
Bause Margarete	X			Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric	X			Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar	X			Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus	X			Heckner Ingrid	X		
Bocklet Reinhold	X			Heike Jürgen W.	X		
Brannekämper Robert	X			Herold Hans	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra	X			Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard			
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard				Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg	X			Huml Melanie			
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander	X			Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela	X		
Freller Karl	X			Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro	X		
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		
Gehring Thomas	X			Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans	X		
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold			
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	136	0	0